

Bogner | Die Epistemisierung des Politischen

[Was bedeutet das alles?]

Alexander Bogner

Die Epistemisierung des Politischen

Wie die Macht des Wissens
die Demokratie gefährdet

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14083

2021 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG,

Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Printed in Germany 2021

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014083-3

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

1. Einleitung: Triumph des Wissens 7
 - Die Feier der epistemischen Tugenden 9
 - Revoluten gegen die Macht des Wissens 11
 - Das Problem 15
2. Klima, Corona & Co: Streit ums bessere Wissen 18
 - Die Coronakrise 20
 - Der Klimastreit 23
 - Die Impfkontroverse 28
 - Die Kriminalitätsdebatte 31
3. Liberale Demokratie: die Diktatur der Dummen? 37
 - Post- und Pseudodemokratie 38
 - Wie viel Ignoranz verträgt die Demokratie? 41
 - Die Rettung der Politik vor ihrer eigenen Inkompetenz 46
 - Wahrheit als notwendige Fiktion 52
4. Noch mehr Demokratie wagen? 58
 - Epistemischer Populismus 59
 - Den Dingen eine Stimme geben 64
 - Die Grenzen epistemischer Demokratie 69
5. Das Elend der Kritik: Experten und Intellektuelle 74
 - Feindbild Experte 75
 - Post-Wahrheit: ein Triumph der Demokratie? 79

Die Geburt des Intellektuellen aus der Krise der Experten	83
Intellektuelle, die Opfer der Wissensgesellschaft	87
6. Der Aufstand der Ignoranten	92
Die unheilige Allianz der Konsensleugner	94
Die Wiederverrätselung der Welt durch die Wissenschaft	98
Die große Enträtselungsoffensive	102
Die Politik vor der Wissenschaft retten	105
7. Eine abschließende Kritik der Epistemokratie	110
Anmerkungen	125
Zum Autor	132

1. Einleitung: Triumph des Wissens

Würde man die Frage gestellt bekommen, in welcher Gesellschaft wir denn heute eigentlich leben, dürfte man mit einiger Sicherheit als Antwort erwarten: in der Wissensgesellschaft. Mit dieser Diagnose verbindet sich die Vorstellung, dass sich seit einigen Jahrzehnten ein gesellschaftlicher Strukturwandel vollzieht, der ähnlich bedeutsam ist wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft vor über 200 Jahren. Wissen, so die Erwartung, wird zur zentralen Triebfeder technologischer Innovation und wirtschaftlichen Wachstums und damit zum Garanten allgemeinen Wohlstands, kurz: zur zentralen Ressource spätmoderner Gesellschaften, wichtiger noch als Arbeit, Bodenschätze oder Kapital.

Klassische Beschreibungen der Wissensgesellschaft haben vor allem die Stabilisierungswirkung des Wissens, insbesondere wissenschaftlichen Wissens, hervorgehoben.¹ Tatsächlich trägt Wissenschaft mittels Durchsetzung eines rationalistischen Weltbildes zur Stabilisierung der sozialen Ordnung bei, sorgt sie doch dafür, dass die Menschen – gleich welcher Klasse, Schicht oder Hautfarbe – in derselben Welt leben. Schließlich beziehen sie sich – wenngleich mit oftmals unterschiedlichen Absichten – auf dieselbe von der Wissenschaft entwickelte Infrastruktur von Fakten, Relevanzen und Evidenzen. Damit ergibt sich auf der Wissens- bzw. epistemischen Ebene ein Zusammenhalt, der – Stichwort Klassengesellschaft – auf sozialer Ebene fehlt.

Unsere Weltanschauung basiert auf Einsichten der Wissenschaft, und mit dem Siegeszug der modernen Wissen-

schaft etablieren sich neue Anforderungen an Logik, Vernunft und Konsistenz, die längst auch zur Richtschnur für unser alltägliches Denken und Handeln geworden sind. Versachlichung, Intellektualisierung des Lebens sowie die Vorherrschaft eines rechnerischen Kalküls: Schon Georg Simmel, einer der Gründerväter der Soziologie, hat dies als Kennzeichen der Moderne ausgemacht:

Der moderne Geist ist mehr und mehr ein rechnender geworden. Dem Ideale der Naturwissenschaft, die Welt in ein Rechenexempel zu verwandeln [...] entspricht die rechnerische Exaktheit des praktischen Lebens [...].²

Affekte und Leidenschaften haben natürlich auch weiterhin ihre Existenzberechtigung, aber nur in relativ eng abgezielten Bereichen. Wirklich ausleben können wir sie nur in Partnerschaft und Familie, ab und zu auch bei Sportveranstaltungen oder auf dem Oktoberfest.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen jedoch stehen rationales Kalkül, Wissen und Expertise im Vordergrund. In der Politik wird wissenschaftliche Expertise als zentrale Legitimationsressource geschätzt, in der Wirtschaft gilt das Wissen (auch jenes der Konsumenten) als wichtigster Innovationsfaktor; in der Wissenschaft dreht sich sowieso alles um das Wissen, genauer gesagt: um die Produktion neuen Wissens, und im Bildungsbereich geht es nur am Rande um Persönlichkeitsentwicklung und soziales Lernen. Im Vordergrund steht die Vermittlung von (Lehrbuch-)Wissen. Entsprechend bildet (Experten-)Wissen die höchste Entscheidungsinstanz in vielen politischen Kontroversen. So stellt Wissen den wichtigsten Rohstoff ge-

sellschaftlicher Reproduktion und sozialen Wandels in spätmodernen Gesellschaften dar.

Die Feier der epistemischen Tugenden

Die gesellschaftliche Wertschätzung des Wissens zeigt sich nicht nur in Politik, Wirtschaft oder im Bildungsbereich, sondern auch und gerade in der Populärkultur. Ein schönes Beispiel dafür ist die unglaubliche Karriere des Krimis. Kein Abend, an dem kein Krimi im Fernsehen läuft.

Krimis spiegeln unsere Freude an eindeutigem Wissen: Sie verschaffen uns die Gewissheit, dass die Realität aller Komplexität zum Trotz durchschaubar ist, weil wir eine Geschichte in rationale Elemente aufteilen und von Anfang bis Ende ausgerichtet auf eine eindeutige Lösung hin erzählen können. Zweifellos: Der klassische Kriminalroman ist ein Fest der epistemischen Tugenden. Scharfsinn, Logik, Vorurteilsfreiheit, gründliche Skepsis und wache Beobachtungsgabe, hochentwickelte Kombinatorik sowie ein von großer Sorgfalt geprägtes, manchmal übergenau erscheinendes Vorgehen führen in diesem Genre letztlich zum Erfolg, nämlich zur rationalen Erkenntnis aller Zusammenhänge. So gleicht die erfolgreiche Kommissarin einer soliden Wissenschaftlerin: In der unablässigen Prüfung kleinster Details und (vermeintlicher) Indizien bleibt sie immer kritisch, vor allem sich selbst gegenüber. Seit Edgar Allan Poes »Doppelmord in der Rue Morgue« ist der Ermittlende mit besonderen, für sein Umfeld geradezu erschreckenden Fähigkeiten zur Deduktion ausgestattet: Sherlock Holmes konnte aus einem abgenutzten Schuh die Lebens-

geschichte des Trägers des Schuhs ableiten. Das geht bis heute so: Lee Childs Held Jack Reacher kann aus minimalen Anzeichen die wahre Geschichte herauskristallisieren.

Besonders fasziniert die Figur des Profilers: Anscheinend unzusammenhängende Morde zwingt er in eine Serie, sagt kommende Taten voraus, identifiziert den von allen anderen übersehenen Verdächtigen. Val McDermids Tony Hill versteht die Serientäterinnen und -täter besser als diese sich selbst. Paradigmatisches Beispiel ist Hannibal Lecter aus Jonathan Demmes Film *Das Schweigen der Lämmer* (nach dem Roman von Thomas Harris), der als ehemaliger Psychotherapeut das Ganze als Spiel mit der FBI-Agentin Starling inszeniert.³ Und natürlich wollen auch Psychotherapeuten dies: Obwohl unsere Leben alles andere als monokausal geleitet zu einem eindeutigen Ende streben, versucht die Therapie meist, genau eine solche geordnete Geschichte zu entwerfen, die der Proband sich dann selbstvergewissernd erzählen kann. Die eigene Lebensgeschichte bis ins Detail ausleuchten, um deren innere Logik zu enträtseln – der Reiz dieser Detektivarbeit trägt seinen Teil zum Boom des Psycho- und Selbsterfahrungsmarktes bei.

Die Grundlage allen Tüftelns und Recherchierens besteht im festen Glauben daran, dass die Welt ein in sich geschlossener, logischer Kausalzusammenhang ist. Es ist, wie Max Weber es formuliert hat, der »Glauben daran: daß man, wenn man nur wollte, [...] alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne«.⁴

Oder nehmen wir die Liebe: Daten, objektive Informationen und intelligente Algorithmen verhelfen zur perfekten Beziehung, so lautet heute das Credo. Im Zeitalter der On-

line-Partnerbörsen lebt die Vorstellung, dass der passende Partner bzw. die richtige Partnerin irgendwo da draußen existiert und mittels eines Abgleiches detaillierter Persönlichkeitsprofile nur ermittelt werden muss. Ein schöner Traum: Mühselige Beziehungsarbeit *nach* dem Kennenlernen wird durch intelligentes Informationsmanagement *vorher* ersetzt. Aufregendes Flirten und Daten ersetzen die Paartherapie. Die kognitiven Kenntnisse über den anderen gehen den Emotionen voraus und sollen der Romantik ein stabileres Fundament verleihen.⁵ Auch wenn das Ideal romantischer Liebe weiterhin zu gelten scheint, so hat sich doch etwas Wesentliches verändert. Wir glauben nämlich nicht mehr daran, dass das Schicksal zuschlägt, wenn uns Amors Pfeil trifft; wir glauben vielmehr, dass man diesen Glückszustand mittels psychologischer Berechnung gezielt und systematisch herbeiführen kann. Zum Dauerzustand wird dieses Glück also erst dann, wenn wir auf ausgefeilte *Matching*-Technik vertrauen, und das bedeutet: auf besseres Wissen.

Revolten gegen die Macht des Wissens

Die Wissensgläubigkeit der Moderne ist schon früh zum Gegenstand philosophischer Kritik geworden. Dass Natur und Gesellschaft veränderbar sind und nach Maßgabe menschlicher Bedürfnisse neu gestaltet werden können, diese Ansicht wird im 19. Jahrhundert zum Allgemeingut. Es herrscht der unbedingte Glaube daran, dass Wissen besser ist als Nichtwissen, dass rationale Analyse dem intuitiven Erleben überlegen ist und das Bewusstsein über dem

Sein steht. *Scientia potestas est* verkündeten schon die Frühaufklärer. Diesen Schlachtruf »Wissen ist Macht« führten später dann auch die sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereine im Munde. Wissen ist gut gegen Aberglauben, Vorurteile oder auch Obrigkeitshörigkeit. Es verhilft zur Einsicht, dass die Dinge nicht so bleiben müssen, wie sie sind. Bald geht man davon aus, dass sich Natur, Mensch und Gesellschaft mit Hilfe der aufblühenden Wissenschaft nach eigenen Vorstellungen steuern, planen und verbessern lassen. Gegen diesen Wissensoptimismus regt sich bald Widerstand. Nietzsche bezeichnet es als »Wahnvorstellung [...], dass das Denken, an dem Leitfaden der Causalität, bis in die tiefsten Abgründe des Seins reiche, und dass das Denken das Sein nicht nur zu erkennen, sondern sogar zu corrigiren im Stande sei«.⁶

Im 20. Jahrhundert gerät die Macht des Wissens dann immer gründlicher in Misskredit. Im Zuge des technischen Fortschritts und militärischen Wettrüstens wird offensichtlich, dass das Wissen auch Risiken, Gefahren und Verwüstungen hervorbringen kann. Man lernt, dass das Wissen um die kleinsten Elementarteilchen in seiner technischen Anwendung zu den größten Katastrophen führen kann (Atomkraft). Und man kriegt zunehmend Angst vor der technischen Neugestaltung der Natur (Gentechnik), auch der menschlichen (Biomedizin), so dass die Ethik bald zur ständigen Begleiterin der Genetik wird.

Außerdem kommt man darauf, dass Wissen keineswegs eindeutig sein muss. Schmerzlich deutlich wurde, dass allein schon der Versuch, etwas zu verstehen, das Objekt des Verstehens verändert (Heisenbergs Unschärferelation). Erst die Beobachtung legt das an sich uneindeutige Objekt

auf einen bestimmten Zustand fest – eine Paradoxie, die Schrödinger in seinem Gedankenexperiment der gleichzeitig lebendigen und toten Katze aufgreift. In den Geisteswissenschaften macht die Dekonstruktion Karriere, also die Überzeugung, dass es aussichtslos ist, nach festen Fundamenten des Wissens zu fahnden. Jede Interpretation führt in einen unerschöpflichen Verweisungszusammenhang hinein, der es unentscheidbar erscheinen lässt, was wirklich der Fall ist.

Und auch im Alltag wird immer deutlicher, dass Wissen nicht immer eine robuste Ressource ist: Oft ist seine Gültigkeit umstritten, manchmal ist es unsicher oder uneindeutig, und jede Erkenntnis wird von der Erkenntnis neuen Nichtwissens begleitet. Die von der linksalternativen Bewegung popularisierte Expertenkritik trägt dazu bei, dass bald alle Leute in allen wichtigen Fragen, vor allem in Gesundheitsfragen, routinemäßig eine zweite Meinung einholen. All das darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Macht des (Experten-)Wissens in aller Regel auf der Grundlage von (Experten-)Wissen kritisiert wird. Besonders gut sichtbar wird dies an den Umwelt- und Technikkonflikten der 1980er und 90er Jahre. Die damaligen Proteste zeigten ein hohes Verwissenschaftlichungsniveau; im Streit um Grenzwerte und Risiken wurden die Demonstranten oft selbst zu Experten. Kein Wunder, dass sich aus der Umweltbewegung heraus sogar neue Forschungszentren entwickelten, wie etwa das Freiburger Öko-Institut oder das Institut für Soziale Ökologie in Wien.

Heute hat die antiautoritäre Revolte gegen die Wissenschaft ein eigenartiges, fremdes Gesicht. Denn sie wird nicht mehr von den Sympathieträgern der Vergangenheit –

rebellierenden Studierenden, kritischen Intellektuellen, sozialökologisch Bewegten – getragen, sondern zu einem guten Teil von Demagogen und Populisten, die uns mit teils belustigenden, teils verstörenden Zweifeln und Fragen konfrontieren: die Klimaerwärmung – eine chinesische Erfindung? Der Mensch – tatsächlich ein Resultat der Evolution? Die Erde – eine flache Scheibe? Aids – ausgelöst durch Armut und nicht durch HIV? Oder das Impfen: Führt es nicht zu Autismus? Und ist Corona nicht von Bill Gates erfunden worden?

Das Credo dieser Leugnerbewegung erinnert an Pippi Langstrumpfs Lebensmotto: »Ich mach mir die Welt / widde widde / wie sie mir gefällt.«⁷ Sympathisch war ihre anti-autoritäre Attitüde, ging es doch gegen die langweilige, faktenfeste Welt der Erwachsenen. Ihre Botschaft an uns: Habt endlich Mut, eure Phantasie zu benutzen, um aus der selbstverschuldeten Eintönigkeit eurer durchrationalisierten Welt herauszufinden. Ihre Eigenheiten wurden als feine, zivilisationskritische Nadelstiche geschätzt. Doch heute haben sich die Nadelstiche gegen die fade Faktenwelt zu einer brachialen Zerstörungswut ausgewachsen. Aus Pippi Langstrumpf wurde Donald Trump.

Im Kampf gegen eine aktive Klima-, Impf- oder Aids-Politik hat sich ein unverwüstlicher Dissens etabliert, der politischen Widerstand in Form (pseudo-)wissenschaftlicher Gegenexpertise praktiziert (auf den Bestsellern von Coronazweiflern muss unbedingt mindestens ein Dokortitel vor dem Verfassernamen stehen). Nicht selten konsolidiert sich dieser Dissens mittels hartnäckiger Tatsachen- bzw. Wahrheitsverleugnung. Mit Bestürzung berichten akademische Beobachter, dass der Amoklauf gegen Ratio-

nalismus und Expertentum mittlerweile zum Massensport geworden ist.⁸ Verschwörungstheorien und sogenannte alternative Fakten werden gerade dort virulent, wo Daten, Zahlen und wissenschaftliche Expertise im Streit über die richtige Politik eine besondere Rolle spielen. Dies war zuletzt in den breiten Protesten gegen die politischen Maßnahmen im Zuge der Coronakrise zu spüren. Microsoft-Gründer Bill Gates, so war unter anderem zu hören, steuere mittels seiner Stiftung die Pandemie, um an den Impfungen zu verdienen. Oder: Corona sei ein trojanisches Pferd, um den repressiven Überwachungsstaat salonfähig zu machen.

Das Problem

Angesichts der gesteigerten Sichtbarkeit von Verschwörungstheorien und Faktenleugnern, angesichts des globalen Aufstiegs von Rechtspopulismus und Fake-News-Kultur liegt es nahe, zum Schutz der Demokratie verstärkt auf Wissen und Aufklärung zu setzen.

Daran ist zunächst einmal nichts falsch: Eine besonnen geführte Debatte über Zuwanderung und ihre Folgen ist nur auf der Grundlage belastbarer Daten und Fakten möglich. Eine kluge Umweltpolitik kann nur auf gesichertem Wissen darüber basieren, wie es um die globale Erwärmung wirklich steht. Über Chancen und Risiken der Digitalisierung klärt die Technikfolgenabschätzung auf. In mancher Hinsicht jedoch – und davon handeln die folgenden Kapitel – hat das Vertrauen in die Macht des Wissens selbst demokratiepolitisch zweifelhafte Folgen.

Der Essay setzt bei der Beobachtung an, dass die Demokratie in Krisensituationen gerne auf die Macht des Wissens vertraut. So werden viele politische Krisen und Konflikte primär als *epistemische* Probleme verstanden, also als Fragen von Wissen, Expertise und Kompetenz.

Damit treten an die Stelle des die Industriegesellschaft prägenden Basiskonflikts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr die Konflikte zwischen Experten, Gegenexperten und informierten Laien. Beispielfhaft dafür steht der Klimastreit. Mit dem Fokus auf Wissen und Expertise drohen jedoch normative Aspekte aus dem Blick zu geraten (Kapitel 2).

Auch wenn die Demokratie selbst unter Druck gerät, hofft man auf die heilsame Kraft des Wissens. Denn als treibende Kraft politisch unliebsamer Entwicklungen (Populismus, Autoritarismus) gelten oft mangelnde Bildung und unzureichende Informiertheit. Mit dem Fokus auf die kognitive Ebene verbindet sich die kühne Unterstellung, dass sich hinter politischen Streitfragen eigentlich nur Sachfragen verstecken, für die es dank einschlägiger Expertise richtige Lösungen gibt (Kapitel 3).

Streit gehört zur Demokratie, aber die Demokratie bleibt nur dann lebendig, wenn man mehr Demokratie wagt. Doch auch dieses Projekt steht heute unter dem Leitstern des Wissens. Radikale Ansätze, die die Demokratisierung der Demokratie auf der Wissensebene in Angriff nehmen, geraten allerdings in die fatale Nähe eines epistemischen Populismus (Kapitel 4).

Der allgemeine Glaube an die Allmacht des Wissens beflügelt eine generelle Abneigung gegen die Experten. Der Kampf gegen den typisch expertenhaften Anspruch auf

besseres Wissen gilt darum auf allen Seiten des politischen Spektrums als Ausdruck echter Demokratisierung (Kapitel 5).

Dieser Kampf wird heute von Gruppen fortgesetzt, die gegen gesicherte Erkenntnisse der Wissenschaft und etabliertes Wissen aufbegehren. Auf diese Weise macht die breite Bewegung der Klimawandel-, Evolutions- oder Coronaleugner auf den hohen Verwissenschaftlichungsgrad vieler politischer Kontroversen aufmerksam. Wer nicht willens oder fähig ist, seinen Standpunkt mittels Expertenwissen abzusichern, greift auf »alternative« Fakten zurück und mobilisiert Pseudoexpertise (Kapitel 6).

In Summe wird eine Tendenz deutlich, die man mit etwas Mut zum Soziologendeutsch als »Epistemokratie« bezeichnen kann. Diese Herrschaft ist von dem Glauben daran getragen, dass viele politische Probleme erst dann richtig formuliert und überzeugend lösbar sind, wenn wir sie als Wissensprobleme verstehen. Die unerschütterliche Konzentration auf das Wissen rückt aus dem Blick, was politische Probleme eigentlich ausmacht und gesellschaftliche Konflikte anheizt: divergierende Werte, Interessen und Weltbilder (Kapitel 7).

2. Corona, Klima & Co: Streit ums bessere Wissen

Auch das ist Wissensgesellschaft: Politische Streitfragen bekommen heute immer stärker epistemischen Charakter, werden zu Wissenskonflikten. In den Mittelpunkt tritt die Frage, wer das bessere Wissen hat. Das geschieht zum einen deshalb, weil Risiken und nicht-intendierte Nebenfolgen in den Blick geraten, weil Finanzierbarkeit, Nachhaltigkeit und zukünftige Generationen berücksichtigt werden müssen. Oder auch nur: weil die Komplexität des Problems sich nicht mehr ausblenden lässt, weil das Problem sich nicht mehr so einfach in eine relativ übersichtliche politische Interessen- oder Verteilungsfrage übertragen lässt.

Viele aktuelle Konflikte, etwa um Pestizide und Diesel-fahrverbote, um die Gefahren der 5G-Technologie und der grünen Gentechnik, um die Risiken der globalen Erwärmung oder den Nutzen einer allgemeinen Impfpflicht, konzentrieren sich auf Wissensfragen wie etwa: Wie hoch ist das Risiko? Welche Gefahren bestehen für Mensch und Umwelt tatsächlich? Welcher Grenzwert ist legitim? Die zentrale Ressource in diesen Kontroversen stellt Expertenwissen dar. Entschieden werden diese Konflikte, so die allgemeine Erwartung, auf der Grundlage des besseren Wissens.

Die Kontrahenten in diesen Auseinandersetzungen trennt vieles, doch eine zentrale Überzeugung teilen sie, dass nämlich diese Konflikte nur durch wissenschaftliche Expertise, also durch die Macht der Zahlen und Fakten entschieden werden können. Vielfach lautet die Erwartung:

Sofern ein weitreichender Expertenkonsens in diesen Risiko- und Umweltfragen existiert, ist die Politik gehalten, die wissenschaftlich empfohlenen Maßnahmen durchzusetzen. Die Rahmung von Konflikten als Wissenskonflikte verspricht eine Rationalisierung des Streits, an dessen Ende auch noch die Verlierer als Gewinner vom Platz gehen werden, weil sie vermittels ihrer Widerrede zum allgemeinen Wissensfortschritt beigetragen und selbst etwas dazu-gelernt haben: Ende gut, alles gut.

In Wissenskonflikten droht eine weitgehende Abstraktion von der Werteebene – doch oft genug provoziert diese Abstraktion selbst keinen Konflikt. Wenn sich beispielsweise ein bereits zugelassenes Medikament als gesundheitsgefährdend erweist, dann wird es verboten (wie in dem bekannten Fall des gefährlichen Schmerzmittels Vioxx). Die allgemeine Wertschätzung für die Gesundheit kaschiert in diesem Fall die Tatsache, dass die politische Entscheidung durch das sachhaltige Expertenurteil vorweggenommen wurde. Problematisch wird diese enge Kopplung zwischen Wissens- und Werteebene erst dann, wenn rivalisierende Werte im Spiel sind. Denn ein Wertedissens führt im Rahmen dieser Wissenskonflikte zu endlosen Kontroversen um die richtigen Zahlen bzw. um die richtige Interpretation der vorliegenden Zahlen. Wertstandpunkte und divergierende Weltbilder werden nicht mehr explizit gemacht, weil das methodisch kontrollierte, gesicherte Wissen als unübertreffbar überlegene Ressource der Legitimation gilt. Dahinter steht der Glaube, dass ein direkter Weg von der Evidenz zur richtigen Politik führt. Welche Probleme dieser Wissensglaube macht, lässt sich anhand einer Reihe aktueller Krisen und Konflikte zeigen.

Die Coronakrise

Die Coronakrise im Frühjahr 2020 war eine Sternstunde für die Wissenschaft, und dies in mehrfacher Hinsicht. Zum einen führte uns das Coronavirus vor Augen, dass wir viele Gefährdungen ohne die Wissenschaft gar nicht erkennen, erklären und wirkungsvoll behandeln können. Ohne die moderne Wissenschaft wäre das Coronavirus für uns gar kein Virus, sondern eine dunkle Heimsuchung des Schicksals. Ohne die Wissenschaft gäbe es außerdem wenig begründete Hoffnung auf Heilung.

Auch im Hinblick auf den politischen Umgang mit Corona offenbarte sich die große Abhängigkeit der Gesellschaft von wissenschaftlicher Expertise. Der hilfesusuchende Blick der vom Virus überraschten Politik richtete sich sofort auf Virologie und Epidemiologie. Die maßgeblichen Statements, Interviews und Podcasts kamen von den Virologen, die in der Krise fast schon als Popstars gehandelt wurden. Die Namen von Anthony Fauci (USA), Anders Tegnell (Schweden) oder Christian Drosten (Deutschland) waren in den Medien allgegenwärtig. Die Politik richtete ihre Strategien an den Warnungen der Experten aus. Sogar der damalige britische Premierminister Boris Johnson verwarf seine eigenwillige Strategie der Herdenimmunität, als Forscher Hunderttausende Tote prognostizierten, und erließ – viel zu spät, wie viele Experten bemängelten – einen Lockdown. Es ist darum nur folgerichtig, dass die deutsche Bildungsministerin Anja Karliczek mit Blick auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik am 1. April 2020 festhielt: »Wissenschaftliche Erkenntnisse leiten die Politik und leiten uns wie selten zuvor.«⁹

Das bedeutet aber: Der Primat der Wissenschaft bzw. der Medizin unterstützte in der Frühphase der Krise eine Politik der Alternativlosigkeit. Virologen klärten über Infektionsrisiken, Verdopplungszeiten und Reproduktionsraten auf und lieferten der Politik die Argumente für ihr Handeln. In den Talkshows wurde erklärt und informiert, nicht gestritten. Die Angst vor dem neuen Virus auf Grund der alarmierenden Bilder aus der Lombardei erzeugte Konsens in ungeahntem Ausmaß – das Parlament war als genuiner Ort für eine kontroverse Debatte nicht gefragt. Angesichts Tausender Toter in China und nur wenig später in Italien und Spanien bekam der Gesundheitsschutz bald überall oberste Priorität eingeräumt. Die kollektive Opferbereitschaft quer durch alle Bevölkerungsschichten sorgte dafür, dass kein grundsätzlicher Dissens in Bezug auf das übergeordnete Handlungsziel der Politik entstand, nämlich eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern und auf diese Weise ethisch heikle Fragen der Priorisierung medizinischer Hilfsmaßnahmen zu vermeiden.

Auf Grund des weitreichenden Konsenses konnte sich die Politik in den ersten Wochen auf das Administrieren beschränken. Konkret bedeutete das: Es ging vor allem darum, durch Ausgangsbeschränkungen und Versammlungsverbote die Ansteckungsrate zu reduzieren, mehr und schnellere Tests zur Verfügung zu stellen, ausreichend Schutzbekleidung und Atemmasken zu organisieren und die Kapazitäten in der medizinischen Intensivbetreuung zu erhöhen.

All das sind natürlich ernste Probleme, aber sie sind nur Probleme verwaltungstechnischer Art. Eine solch rein administrative Politik ist aber nur dann möglich, wenn Wer-

tefragen außen vor bleiben. Wenn es, mit anderen Worten, einen breiten Wertekonsens gibt. Dann muss nur über die richtigen Mittel, nicht aber über den Zweck (wie etwa Gesundheitsschutz) debattiert werden.

Im Fall von Corona entwickelte sich jedoch bald eine Grundsatzkontroverse um die Verhältnismäßigkeit der angewendeten politischen Maßnahmen. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Talfahrt kamen als Erstes ökonomische Fragen auf die Agenda. Nicht nur das Coronavirus könne tödlich sein, so die Anklage mancher Ökonomen. Auch Arbeitslosigkeit könne Leben verkürzen, und so wurden bald Coronatodesopfer gegen potentielle Opfer der globalen Wirtschaftskrise aufgerechnet. Das heißt, die eigentlich *ökonomisch* motivierte Kritik argumentierte mit den *gesundheitlichen* Folgen von Wirtschaftskrisen. Noch der Dissens bestätigte die Sonderstellung jenes Basiswerts (Lebensschutz), der dem politischen Krisenmanagement zugrunde lag.

Doch je länger der erste Lockdown andauerte, desto stärker fanden auch Vertreter anderer Disziplinen Gehör. Diese Erweiterung des Radius relevanter Expertise machte deutlich, dass Corona ein vielschichtiges Problem mit ökonomischen, psychosozialen und politischen Facetten darstellt, das man nicht allein im Rekurs auf medizinisches Fachwissen lösen kann. Der Deutsche Ethikrat beispielsweise drängte darauf, Werteaspekte sichtbar zu machen und prominent zu halten – ganz im Gegensatz zur Leopoldina, auf die sich Kanzlerin Merkel gerne berief. Der Ethikrat versuchte in seiner Stellungnahme dafür zu sensibilisieren, dass die Coronakrise eine Reihe normativer Konflikte heraufbeschwört, die keineswegs allein auf (natur-)wis-

senschaftlicher Grundlage entschieden werden können.¹⁰ Indem der Ethikrat die ökonomischen, psychischen und sozialen Folgekosten thematisierte, nahm er – gewollt oder ungewollt – der Coronapolitik ihren Anschein von Sachzwanghaftigkeit.

Bald entwickelte sich denn auch ein fundamentaler Wertekonflikt, der mit jeder neuen Coronawelle wiederkehren wird. Die Grundfragen lauten: Wie ist Lebensschutz gegenüber anderen Werten abzuwägen, z. B. mit individuellen Freiheitsrechten oder Partizipationschancen? Welches Maß an wirtschaftlicher Depression muss man hinnehmen, um Selektionszwänge im Gesundheitswesen zu vermeiden? Welche Lasten darf man Eltern und Kindern durch den brennenden Mix aus Homeschooling und Homeoffice zumuten?

Sobald sich derartige Wertekonflikte entwickeln, ist es mit dem Charme administrativer Politik vorbei. Dann bricht unausweichlich die Zeit der politischen Kontroversen an – also der demokratische Normalbetrieb. Im Kontext von Wertekonflikten erhöht sich die Autonomie der Politik; im Zusammenhang mit Wissenskongflikten hingegen lauert immer die Gefahr des Szientismus.

Der Klimastreit

Auch im globalen Klimastreit ist wissenschaftliche Expertise Trumpf. In dem nun schon Jahrzehnte andauernden Gerangel um eine verantwortliche Klimapolitik wird vor allem über Wissensfragen gestritten: Ist die globale Erwärmung eine Folge industriegesellschaftlicher Lebensformen oder nur ein Ausdruck natürlicher und für die Erdatmo-

sphäre typischer Klimaschwankungen? Wie hoch ist das Ausmaß der Erwärmung und welche Folgen sind erwartbar? Uneinigkeit besteht hier – anders als in Wertekonflikten – nicht über die normative Bewertung dieser Folgen. Dass eine globale Erwärmung von drei oder vier Grad Celsius für einen Großteil der Weltbevölkerung katastrophale Folgen hätte und dass Überflutungen und Verwüstungen weiter Landstriche gleichbedeutend sind mit Leid und Unglück, das ist unumstritten. Im Vordergrund des Streits steht deshalb die Frage nach der Haltbarkeit wissenschaftlicher Prognosen über die Eintrittswahrscheinlichkeit der allgemein als negativ bewerteten Ereignisse. Es wird um die Zuverlässigkeit von Risikoeinschätzungen, Sicherheitsbehauptungen und Zukunftsszenarien gerungen – und damit letztlich um Wahrheitsansprüche.

Expertenkonsens erhält in diesen Auseinandersetzungen eine zentrale Bedeutung. Schließlich gilt der Expertenkonsens den Konfliktparteien als Ersatz für die absolute Wahrheit, nach der sich die Politik zu richten habe. So investieren beide Seiten viel Energie in den Nachweis, dass ein Expertenkonsens (nicht) existiert. Die Republikaner in den USA haben verschiedentlich dafür argumentiert, dass man mit politischen Maßnahmen abwarten müsse, weil es in Sachen Klimaerwärmung keinen (absoluten) Expertenkonsens gebe. So erklärte beispielsweise Scott Pruitt, von Trump ernannter Leiter der US-Umweltschutzbehörde: »Wissenschaftler sind sich nach wie vor uneins über den Grad und das Ausmaß der globalen Erwärmung und ihren Zusammenhang mit dem Handeln der Menschheit.«¹¹

Alle Umweltbewegten inner- und außerhalb der USA bringt das natürlich auf die Palme. Ihre Gegenmaßnahme

besteht darin, die Öffentlichkeit über die Robustheit des Expertenkonsenses aufzuklären. Die Leute sollen verstehen lernen, wie es um das Klima wirklich steht und warum radikale politische Schritte notwendig sind, um das Klima zu retten. Kurz: Aufklärung über den real existierenden Expertenkonsens gilt als der beste Weg, um die Zustimmung der Bevölkerung zu einer progressiveren Klimapolitik zu organisieren.

In der Klimaforschung hat sich darum mittlerweile ein Forschungszweig etabliert, den man *empirische Konsensforschung* nennen könnte. Das Ziel dieser Forschung besteht darin, das Ausmaß des Expertenkonsenses in der Frage des anthropogenen Klimawandels in Zahlen darzustellen. Startpunkt dieser quantitativen Konsensforschung war Naomi Oreskes' *Science*-Publikation aus dem Jahr 2004. Mittlerweile hat eine Veröffentlichung von John Cook und Kollegen Referenzcharakter: Die beziffert das Ausmaß des Expertenkonsenses zur Frage des Klimawandels auf 97 Prozent. Das heißt, 97 Prozent aller hochrangig begutachteten Artikel aus der Klimawissenschaft, die eine Position zur globalen Frage des Klimawandels einnehmen, geben explizit oder implizit zum Ausdruck, dass dieser menschengemacht ist. Empirische Basis liefert die Auswertung von knapp 12 000 Abstracts im Zeitraum von 1991 bis 2011, wobei über 4 000 Abstracts konkret zu diesem Thema Stellung nehmen.¹²

Die Gegenseite lässt natürlich nicht locker und fragt: Welcher Expertenbegriff liegt der repräsentativen Stichprobe zugrunde? Sind nur jene Forscher berücksichtigt, die aktiv in hochrangigen Zeitschriften publizieren, oder auch andere? Wie werden narrative Aussagen zum Klimawan-